

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreussischen Zeitung, Hundegasse 70. Vierteljährlicher Abonnements-Preis: für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr. Monats-Abonnements 12 1/2 Sgr.

Mit Gott für König und Vaterland



Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Netemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2, in Hamburg, Frankfurt a. M. n. Wien: Haasenstein & Vogler, in Leipzig: Algen & Co., in Danzig: die Expedition der Westpreuss. Zeitung, Hundegasse 70. Einzelne Nummern 1 Sgr.

# Preussische Zeitung.

## Zum norddeutschen Bunde

schreibt die ministerielle „Prov.-Corresp.“ Die Konferenzen der Bevollmächtigten der Norddeutschen Staaten lassen mehr und mehr ein allseitig erfreuliches Ergebnis in Aussicht nehmen. Die Bevollmächtigten haben immer bestimmter erkannt, daß die preussische Regierung den Einzelstaaten keine anderen Opfer zumuthet, als diejenigen, welche die Zusammenfassung aller Kräfte Behufs Sicherung eines mächtigen nationalen Fortschritts auf dem wirtschaftlichen und politischen Gebiete unabwieslich erfordert, und daß über diese Gebiete gemeinsamen Schaffens hinaus der Norddeutsche Bund den einzelnen Staaten vor Allem eine Anlehnung zur freien und wirksamen Entwicklung ihrer eigenen Kräfte darbieten soll. Alle Theilnehmenden haben sich denn auch immer klarer überzeugt, wie die zunächst zu bringenden Opfer allen Staaten reichen Ersatz nicht bloss an höherem nationalen Gemeinwohl, sondern auch an innerem Aufschwung bringen werden.

Das Verhalten der sächsischen Regierung, nächst Preußen der bedeutendsten im Bunde, hat von vorn herein auf's Neue bekundet, eine wie große Gemeinschaft der naturgemäßen Aufgaben und Ziele, so wie der Grundlagen staatlicher Entwicklung bei unbefangener und ungetrübter Auffassung die sächsische Bevölkerung mit der preussischen verbindet, und daß das beiderseitige politische Streben vornehmlich dahin gerichtet sein muß, die Keime gemeinsamer Wohlfahrt und Kraft in aufrichtigem Zusammengehen zu pflegen.

Ebenso haben die Regierungen der kleineren Staaten fast durchweg ein volles Verständnis und den redlichsten Willen für die Förderung des großen nationalen Wertes an den Tag gelegt. Allerdings hat der große Abstand der geringen Leistungen, welche die Bevölkerungen der kleinen Staaten bisher für die nationale Vertheidigung zu gewähren hatten, von denjenigen Anforderungen, welche im Norddeutschen Bunde bei gleichmäßiger und gerechter Vertheilung der nationalen Pflichten an sie zu stellen sind, den betreffenden Regierungen fürs Erste manche schwere und peinliche Erwägung in Betreff der Ausbringung der neuen Lasten auferlegt. Aber die preussische Regierung wird auch in dieser Beziehung jede mögliche Rücksichtnahme auf den bisherigen Entwicklungsgang und auf die thatsächlichen Verhältnisse in den kleineren Staaten obwalten lassen und namentlich die Hand dazu bieten, daß die kleineren Staaten den Uebergang zur vollen Erfüllung ihrer neuen Pflichten sich durch eine baldige wirtschaftliche Umgestaltung und Vereinfachung ihrer inneren Einrichtungen erleichtern.

Die Konferenzen werden, nachdem durch vertrauliche Verhandlungen über wichtige Einzelpunkte der Boden günstig vorbereitet ist, in den nächsten Tagen unter persönlicher Leitung des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck vermutlich raschen Fortgang gewinnen und bei der vorhandenen wesentlichen Uebereinstimmung über alle Hauptgrundlagen wohl bald zu einem glücklichen Ziele führen.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Medizinal- und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Professor Dr. Frerichs, den Charakter als Geheimen Ober-Medizinal-Rath beizulegen.

## Haar der Abgeordneten.

Mittwoch, 16. Januar. (Schluß.)

Gehe ich auf unsere Verhältnisse über, so ist die Sache so, daß, wenn hier der Silbergroßensatz eingeführt werden sollte, wir so großartige Ausfälle nicht haben würden, weil wir schon die nöthigen Einrichtungen getroffen haben, mit Hilfe deren auch größere Sendungen gleich überwältigt werden könnten. Es ist in dem Berichte der Kommission dargelegt, daß die Regierung sich immer mit verschiedenen Kombinationen beschäftigt habe, und daß wir den Ausfall, der durch das Silbergroßen-Porto mit dem Zuschlag auf unfrankirte Briefe im ersten Jahre entsteht, mit ungefähr 680,000 Thaler veranschlagen müssen; der Ausfall wird sogar 817,987 Thaler betragen, wenn der Zuschlag erst bei fünf bis zehn Meilen anfängt. Dabei ist natürlich vorher in Berechnung gezogen, daß die Ermäßigung sofort eine Vermehrung der Korrespondenz zur Folge haben muß. Für das zweite und dritte Jahr kann aber eine solche gleichmäßige Vermehrung nicht veranschlagt werden. Mit einem Jahre ist der Ausfall nicht überwinden. Auf wie viel Jahre hin sich dieser Ausfall verbreiten würde, darüber weitgehende Berechnungen zu machen, dazu war die Zeit noch nicht angethan. Ich bitte aber, die Mehrausgaben in keinem Falle zu unterschätzen. Ich bitte eingedenk zu sein, daß die Briefe positive bare Kosten bei der Abtragung verursachen. Was man das Durchschnittsgehalt eines Briefträgers auf 300 Thaler annehmen, und muß ich nur 100 Briefträger anstellen, so macht schon das eine Mehrausgabe von 30,000 Thalern. Die sind in wenigen Wochen nach einer solchen Maßregel verbraucht. Diesem Ausfalle würden noch einige Hunderttausend Thaler hinzutreten, so daß eine Million herauskommen würde. Wir können uns aber nicht auf die Betrachtung dessen, was ausfällt, beschränken. Preußen nimmt jetzt eine derartige Stellung ein, daß es unthunlich ist, die Tarife derart zu ermäßigen, ohne die Ermäßigung auf die Staaten, mit denen wir verbündet sind, auszudehnen, und da kommen wieder einige Hunderttausend Thaler Ausfälle hinzu. Ich hatte mir vorher vorbehalten, auf das Gelddbrief-Porto zu kommen, und ich muß ihre Geduld in Anspruch nehmen, wenn ich Sie bitte, darauf eingehender zu folgen. Es war bis 1844 das Gelddbrief-Porto unabhängig normirt von dem übrigen Porto. Die Taxe war sehr complicirt. Man setzte 1844 die Gelddbrief-Porto-Taxe um, so daß man das Gewicht als Basis annahm und die Abfertigungs-Gebühren hinzuschlug. Die Post-Verwaltung mußte aber erkennen, daß der Zeitpunkt kommen würde, wo es unmöglich sei, jedwede Änderung, die der Briefporto-Tarif erfahren könnte, ohne Weiteres in Wechselwirkung zum Gelddbriefporto treten zu lassen. Es schwand die Entschädigung für die Expedition, je mehr das gewöhnliche Briefporto ermäßigt wurde. Wir können jetzt der Sache nicht mehr aus dem Wege gehen. Sollte das Groschenporto eingeführt werden, so könnten doch Gelddbriefe hierunter nicht Anwendung finden, — das Porto mußte doch theurer sein, als bei unfrankirten Briefen unter fünf Meilen. Es ist der Wunsch der königlichen Staatsregierung gewesen, Ihnen durch den Gesetzesvorschlag zu empfehlen, daß bei den Briefen über 20 Meilen 2 Sgr. Porto und unter 20 Meilen 1 Sgr. Porto zu nehmen sei. Dies sollte von der Frankirung abhängig gemacht werden. Der Zuschlag dient dazu, den höheren Einnahme-Ausfall abzuwenden zu helfen. Die Regierung hat sich von ihrem Vorschlage nicht ablenken lassen durch das Bedenken, daß immer einige unfrankirte Briefe vorkommen werden, und daß portopflichtige Behörden dieser Beschränkung ebenfalls unterworfen werden müssen. Die Regierung kann nicht die Ermäßigung ohne Weiteres auf das Gelddbriefporto übertragen. Sie ist der Ansicht, daß die Vortheile des Gesetzentwurfes weit überwiegend sind und sich immer mehr geltend machen werden. Die königliche Staatsregierung ist der Meinung, in dem Gesetze, wie es vorgeschlagen ist, in keinem Falle eine weitere Entwicklung prä-

judiziren zu lassen, und ist außer Stande, mit einer Gesetzes-Vorlage entgegenzukommen, wodurch das Einheitsporto auf einmal eingeführt würde; Sie vergeben sich dabei Nichts in Bezug auf die weitere Entwicklung des Tarifs. Es steht in Ihrer Wahl, daß niedrigere Gebühren in Anwendung kommen. Um zu diesem Ziele zu gelangen, ist der Weg, welchen der Gesetzesvorschlag angeht, der allein mögliche. Sollten die Herren dem Amendement der Kommission ihre Zustimmung geben, so bin ich beauftragt zu bestätigen, daß die königliche Staatsregierung das Gesetz als verworfen betrachten wird, und daß auf die Ersparnis Verzicht geleistet worden ist. Nach diesen Erwägungen empfehle ich Ihnen, von dem Amendement der Kommission abzusehen und den § 1 der Regierungsvorlage unverändert anzunehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Vinde (Hagen). (Gegen den § 1 der Kommissionsvorlage.) Redner stellt sich vor dem Stenographentisch auf und wendet sich mit dem Gesichte nach dem Ministertisch, so daß es auf der Journalistentribüne unmöglich wird, den Schall seiner Worte zu verstehen.

Abg. Lasker: Ich bin für den Kommissionsantrag. Das Beispiel des Hrn. v. Vinde bezüglich der Preßgesetzgebung paßt nicht. Wenn Sie die Regierungsvorlage annehmen, so würden Sie einen Theil der Staatsbürger zu Gunsten der andern belasten. Die Regierung sagt, sie werde einen Ausfall von 85,000 Thalern haben. Wer hat dieses Geld zu tragen? Nur Diejenigen werden nicht profitieren, welche nicht einen Silbergroßen haben, also die Armen. Der Rechtsanwält wird unfrankirt schreiben, weil er sich nicht der Gefahr aussetzen will, außer den Gebühren, vielleicht noch ausgelegtes Porto zu verlieren. Außerdem schreibt man unfrankirt nur an Bekannte, an Fremde wird man nicht unfrankirt schreiben. Es ist also keine gute Gesetzgebung, wenn man das, was man den höheren Klassen erläßt, den unteren Klassen als Strafe auferlegt. Will die Regierung dem Lande eine Wohlthat zuwenden, so mag sie mit der Reform warten, bis der Ausfall sich gleichmäßig durch Alle erstet. Jetzt ist das Gesetz zum Nachtheil der Armen; ich bitte daher, es zu verwerfen und den Antrag der Kommission anzunehmen.

Reg.-Kommissar General-Post-Direktor v. Philipsborn: Wenn der Hr. Abg. Lasker ausgeführt hat, daß es sich hier um Einführung eines höheren Portos handle, dessen Zahlung den ärmeren Klassen zufallen würde, so glaube ich darauf zurückkommen zu müssen, daß wir von der Voraussetzung ausgehen, daß nach Einführung des Zuschlages — wie dies unter gleichen Verhältnissen bereits früher geschehen ist — sich die Zahl der unfrankirten Briefe auf ein Minimum reduzieren wird. In England kennt man im gewerblichen Verkehr kaum einen unfrankirten Brief. Die Beförderung, daß der Zuschlag von den ärmeren Klassen aufzubringen sei, greift keineswegs Platz. Es handelt sich um eine dauernde Einnahmequelle des Staates. Die Frankirung wird stetig zunehmen, gewiß schon im 2. Semester 1867, und 1868 wird sie zur Regel geworden sein. Ich bitte Sie, aus solchen Berechnungen kein Hindernis für den wohlwollenderen Gesetzentwurf zu erblicken. Die Regierung ist gewohnt, nach allen Richtungen hin gerecht zu werden, am allerwenigsten aber auf Unkosten der Armen zum Vortheil der Reichen Gesetze zu geben.

Abg. Lasker: Den letzten Satz will ich nicht bezweifeln; aber faktisch ist es so, es sollen die Armen belastet werden. Wenn gesagt wird, daß der Ausfall nicht lange dauern werde, so kann man auch noch länger warten, bis der Zuwachs eine Erleichterung für Alle gestattet.

Abg. Frhr. v. Vinde (Hagen): Der Hr. Vorredner hat ohne jegliche Beweisführung behauptet, das Gesetz treffe nur arme Leute. Was hat er dafür angeführt? Ein Sohn werde an seinen Vater, eine Frau an ihren Mann unfrankirt schreiben. Sind denn alle Söhne, Väter und Frauen arm? Jeder Mann schämt doch seine Frau so hoch, daß er für sie einen Silbergroßen

mehr tragen wird. (Anhaltende Heiterkeit.) Das Beispiel von dem Rechts-Anwalt paßt auch nicht. Wer prozessiren will, muß einen Kostenvorschuf geben, mag er arm oder reich sein. Es handelt sich aber um den kleinen kaufmännischen Verkehr, dieser wird am meisten davon betroffen. Ich protestire gegen die Unterstellung, als ob es sich hier um reich und arm handle. (Bravo!)

Abg. Lasker: Der Abg. v. Vinde hat die erste Grundlage meines Arguments vergessen, wozu ich das Uebrige nur als Beispiel gab, nämlich daß nur der, der einen Silbergroßen nicht hat, zwei Silbergroßen zahlen soll. Der Arme wird also durch dieses Gesetz belastet.

Abg. Cornely: Ich glaube, wir würden durch Annahme der Regierungsvorlage einen Rückschritt machen. Wir dürfen nicht erhöhtes Porto eintreten lassen; wir dürfen nun und nimmermehr für kleinere Entfernungen ein höheres Porto einführen, als bis dahin bestanden hat. Fest steht es, daß die große Industrie durch den Gesetzesvorschlag entlastet und der kleine Verkehr durch das erhöhte Porto erheblich betroffen wird. Ich bin für den Fortschritt.

Die Diskussion wird hiermit geschlossen, und es erhält das Wort der Referent.

Abg. Dr. Becker: Die Frage ist, ob der Vortheil, der in der angebotenen Ermäßigung liegt, größer ist, als der Nachtheil, der entsteht, durch Portovertheuerung innerhalb der engen Zone von 10 Meilen. Nach meiner Ansicht ist Gewicht darauf zu legen, daß es eine Menge Geschäftsbetriebe sind, die nur unter der Voraussetzung bestehen und einträglich sind, daß ein zahlreicher unfrankirter Briefwechsel innerhalb einer Entfernung von 10 Meilen stattfindet. Unser Brief-Porto von 1 Sgr. ist für nahe Entfernungen bereits verhältnismäßig ein sehr hohes. (Redner weist dies durch statistische Notizen nach.) Ich glaube, daß durch die Regierungsvorschläge sehr viele unfrankirte Briefe ausfallen und nicht durch frankirte werden ersetzt werden. Für kurze Entfernungen ist das billigere Porto wichtiger, als eine Herabsetzung des Portos auf weite Entfernungen. Es kann dies nicht übersehen werden. Jetzt schon beträgt innerhalb der ersten Zonen, also bis zu 10 Meilen, überhaupt die Zahl der Briefe 61 1/2 pCt. sämtlicher Briefe. Wenn hervorgehoben ist, daß wir Ausgaben nicht auf den Etat bringen könnten, welche die Staatsregierung nicht vorgesehen habe, so bemerke ich, daß allerdings Alles auf den guten Willen der Regierung ankommt; die man uns schon für mehr als 1 Million Thlr. Ausgaben neben dem Etat für 1867 angeschlossen hat. Ich muß noch auf Eins aufmerksam machen: Die Post würde bei den Regierungsvorschlägen schlecht Geschäft machen, sie hat bereits Konkurrenz in den Schmutzgel-Posten. Denn es kommt sehr oft nicht darauf an, daß ein Brief schnell an seinen Bestimmungsort gelangt, wenn er nur überhaupt hinkommt; in solchen Fällen hat die wohlfeilste Beförderung den Vorzug beim Publikum. Die ganze Portotaxe wird sich einer gründlichen Revision nicht lange mehr entziehen können. Ich verweise in dieser Beziehung auf die neuen Landestheile. In Hannover besteht nur ein einheitliches Porto von 1 Sgr. Ich glaube nicht, daß die Postverwaltung sich in den neuen Landestheilen beliebt machen wird, wenn sie ihnen höheres Porto bringt. Wenn auch die Regierung die Vorlage zurücknehmen sollte, so tröstet mich unter allen Umständen die Thatsache, daß nicht eine Schädigung bestehender Verkehrsinteressen eintritt und daß die Postverwaltung sich nicht mehr lange einer vollständig durchgreifenden Revision des Portos wird entziehen können. Ich bin nicht in der Lage, den Antrag der Kommission zurückzuziehen.

§ 1 der Kommissions-Vorlage wird demnächst von der Majorität angenommen. (Für die Linke und ein Theil der Konservativen.)

Reg.-Komm. General-Post-Direktor v. Philipsborn: Nachdem § 1 die Majorität des Hauses erhalten hat, legt die Staatsre-

gierung auf die weitere Berathung ihrer Vorlage kein Gewicht. (Bravo rechts.)

Präsident: Durch diese Erklärung der Regierung wird das Gesetz keineswegs zurückgezogen; wir fahren daher in unserer Berathung fort.

Es folgt § 2.

Abg. Dr. Becker: Die Postanweisungen haben den Geldverkehr außerordentlich gefördert, denn nach den Mittheilungen, die die Postverwaltung im vorigen Dezember machte, betrug er viele Millionen. Wenn nun die Regierung selbst die Benutzung dieser Postanweisungen in einer Weise erschwert, daß sie fast unmöglich wird, so ist dies nicht der rechte Weg zur Postreform. Es hängt damit leider der Plan zusammen, auch für Geldbriefe ein höheres Porto zu erheben. Ich halte mich überzeugt, wenn man der Regierung diese Erhöhung verweigert, daß sie eben für die Postanweisungen einen niedrigeren Satz wieder herstellen muß. Dieser Wunsch ist gewiß der allgemeinste im Lande, dem das Haus nicht entgegengetreten wird.

§ 2, wie die übrigen Paragraphen des Gesetzes, werden nach den Kommissions-Vorschlägen angenommen und somit das Gesetz mit Titel und Ueberschrift genehmigt.

Die beiden Vorschläge der Kommission:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1. eine Anzahl Petitionen als Material bei der weiteren Revision der Posttagen der königlichen Staatsregierung zu überweisen; 2. die Staatsregierung aufzufordern, einen einheitlichen Portosatz von 1 Sgr. für frankirte und von 2 Sgr. für unfrankirte Briefe zu normiren; auch das Stadtbriefporto auf 4 Pfennige zu ermäßigen, — werden abgelehnt.

Präsident v. Forckenbeck übernimmt wieder das Präsidium.

Es folgt der dritte Gegenstand der Tagesordnung, der Bericht der Kommission für Finanzen und Bülle über den Gesetz Entwurf, betreffend die den gemeinnützigen Aktien-Vereinigungen zu bewilligende Sporel und Stempelfreiheit.

Das ganze Gesetz wird ohne jede Diskussion mit Titel und Ueberschrift angenommen. Die nächste Sitzung wird auf Donnerstag den 17. Januar um 10 Uhr Vormittags anberaumt. Tagesordnung: Schlußberathung des Antrags der Abgeordneten Dr. Paur und Genossen auf Zustimmung zu dem von ihnen vorgeschlagenen Gesetzentwurf zum Schutze wahrheitsgetreuer Berichte durch die Presse über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstages. 2. Schluß-Berathung über den Antrag des Abgeordneten Lasker und Genossen und des Abg. v. Bethmann-Hollweg und Genossen auf Zustimmung zu dem von ihnen vorgeschlagenen Gesetz-Entwurf zur Aufhebung der Beschränkungen des gesetzlichen Zinsfußes für Immobilien. 3. Wahlprüfungen. 4. Erster Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über Petitionen. 5. Erster Bericht der Justiz-Kommission über Petitionen, betreffend die Aufhebung resp. Modifizirung der Personal-Schuldhaft.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 10 Minuten.

### Haus der Abgeordneten.

Donnerstag, 17. Januar.

In der heutigen (54.) Sitzung des Abgeordnetenhauses waren die Plätze im Hause nur lückenhaft, die Tribünen sehr spärlich besetzt. Der Präsident v. Forckenbeck eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 20 Min. mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen und verlas sodann ein Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, in welchem derselbe bedauert, daß er verhindert sei, in der heutigen Sitzung zu erscheinen, daß er jedoch den Wirkl. Geh. Legationsrath Hrn. v. Reudell mit seiner Vertretung betraut habe. — Legterer, sowie noch ein anderer Regierungs-Kommissar waren auch am Ministertische erschienen. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung. Der erste Gegenstand derselben ist die Schlußberathung über den Antrag des Abg. Dr. Paur, betreffend die Diäten und Reisekosten für die Abgg. des Norddeutschen Bundes. Referenten sind die Abgeordneten Graf Bethusy-Huc und von Hoyerbed. Der Antrag des Ersteren lautet auf Ablehnung, des Zweiten auf Annahme des vom Dr. Paur vorgeschlagenen Gesetzes-Entwurfs. Das Wort erhält zuerst der Referent Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich glaube, daß die Annahme des vorliegenden Antrages gesetzlich nicht zulässig ist, weil wir in der gegenwärtigen Session diesen Antrag schon einmal (Antrag Schulze bei Gelegenheit der Berathung des Wahlgesetzes) berathen und verworfen haben. — Die Wahlfreiheit wird durch den Wegfall der Diäten nicht gefährdet. Es ist mißlich, wenn das Haus einen Beschluß faßt, der bei den Dispositionen der übrigen Faktoren der Gesetzgebung doch nur ein legislativischer Monolog bleiben würde. Der Redner, der hierauf näher in das Wesen des allgemeinen Wahlrechts einget, ist auf der Journalisten-Tribüne schwer verständlich. Referent Abg. v. Hoyerbed: Ein solcher Gesetzentwurf hat dem Hause noch nicht vorgelegen. Es ist nur ein Amendement Schulze abgelehnt und dadurch der Wille kund gegeben, daß man eine solche Bestimmung nicht in das damals vorliegende Wahlgesetz aufnehmen wollte. Nur Zweck-

wäßigkeitsgründe haben zur Ablehnung geführt. Ich verlange, daß der Weg zum deutschen Parlament Jedem offen steht, der durch das Vertrauen seiner Mitbürger dazu berufen ist. Schon aus diesem Grunde müssen Diäten für die Abgeordneten bewilligt werden. Die Verweigerung der Diäten ist eine Fälschung des allgemeinen Wahlrechts. Wir haben gegenwärtig eine geknebelte Presse, und deshalb müssen wir uns hüten, ein Prinzip zu verletzen, welches so wichtig ist, daß ohne dasselbe ein allgemeines Wahlrecht nicht bestehen kann. Das Volk muß vor den Wahlen wissen, daß es wählen kann, wen es will, und dazu gehört, daß es auch den Armen wählen kann. Die Bewilligung von Diäten, wie sie die Abgeordneten beziehen, ist wahrlich nicht viel, denn die meisten Abgeordneten bringen noch persönliche Opfer. Bei der Verweigerung der Diäten haben wir nicht mehr das allgemeine Wahlrecht, sondern einen versteckten Censur. Wenn der Vorredner, unter Hinweis auf das Herrenhaus, behauptet hat, daß das Volk schon Vertreter finden werde, die der Diäten nicht bedürfen, so fürchte ich doch, es werden dem Volke diese Vertreter nicht als sehr angenehm erscheinen. (Bravo.) Bevor in die Generaldiskussion eingetreten wird, erhebt sich eine Diskussion über die Frage, ob der Antrag des Grafen Bethusy-Huc, der — mit Rücksicht auf die Bestimmung der Verfassung, daß in derselben Session abgelehnte Gesetze nicht noch einmal berathen werden dürfen, den Antrag Paur für unzulässig erklären will, — zuerst zur Erledigung gebracht werden muß. Das Haus beschließt, diesen Antrag zuerst zu erledigen. Der Antrag wird ohne Debatte mit großer Majorität abgelehnt und darauf in die materielle Berathung des Paur'schen Antrages eingetreten.

Abg. von Flottwell: Ich erkläre mich gegen die Bewilligung von Diäten, denn nur auf diesem Wege werden die Beamten positiv von der Vertretung ausgeschlossen. Dieser Frage der Beamten-Ausschließung müßte gerade die liberale Seite des Hauses zustimmen. Die Befähigung der politischen Vertretung muß dem freien unabhängigen Manne zustehen. Sollte es wahr sein, daß zu dem politischen Leben die Intelligenz des Beamtenthums notwendig ist, dann stehe ich keinen Augenblick an, zu sagen: weg mit der Landesvertretung. Stellt sich das Land ein solches Armutzeugniß aus, so ist es einer Landesvertretung nicht werth.

Abg. Dr. Löwe tritt für den Beamtenstand ein, der die Ehre und das Verdienst habe, den Preussischen Staat auf die Höhe gebracht zu haben, auf der er gegenwärtig steht. Wenn Sie (zur Rechten) durch Verweigerung von Diäten hier eine Klasse von Leuten ausschließen wollen, so frage ich Sie doch: Wer hat denn die Vorarbeiten gemacht, deren Früchte wir jetzt genießen? Sind es etwa die Mitglieder des Herrenhauses gewesen, auf welche der Graf Bethusy-Huc uns verwiesen? Nein, es war die sich in die Höhe arbeitende Intelligenz des Volkes. Wir werden heute noch einen großen Theil der Vertretung aus dem Kreise der Beamten nehmen müssen, und ich bedaure, daß diese Frage hier angeregt ist, weil dadurch schon von vorn herein eine Verdächtigung gegen die Beamten ausgesprochen ist, die im Parlamenten sitzen werden. Glauben Sie, daß Sie mit solchen Verdächtigungen den Particularismus brechen? Wenn Sie praktisch sein wollen, so handeln Sie, wie die Staatsregierung neulich im Herrenhause gehandelt hat. Suchen Sie die Leute, die Ihnen ehrlich bei der Arbeit helfen; weisen Sie Leute zurück, die mit den Feinden des Landes conspiriren und die den Fluch des Bürgerkrieges auf das Land heraufbeschwören! Das sind gerade die Leute, welche Sie protegiren wollen. Ich danke für ein Deutsches Parlament, das aus solchen Kreisen hervorgegangen ist. Zwängen Sie uns in diese Schranken hinein, so beleben Sie dadurch von Neuem die revolutionären Ideen. Sie selbst haben sich mit dem Gedanken geschmeichelt, daß dadurch, daß die Regierung für die Erfüllung des höchsten nationalen Wunsches mit Energie eingetreten, die revolutionären Ideen beseitigt sind. Im Geheimen geschehen schon Schritte dagegen, und einer dieser Schritte ist die Verweigerung der Diäten (Zustimmung links.)

Reg.-Commiss. Wirkl. Leg.-Rath v. Reudell: Die königliche Staatsregierung kann sich dem Antrage nicht anschließen. Sie ist der Ansicht, daß die Lösung dieser Frage der Gesamtheit der Bundesregierungen und dem Reichstage gebührt. Wird das Gesetz angenommen, so würde es fraglich sein, ob die Geneigtheit der übrigen Bundesregierungen dieselbe bleiben werde, wie jetzt. Deshalb kann ich in materieller Beziehung auf eine Diskussion des vorliegenden Antrages nicht eingehen.

Abg. Wagener (Neustettin): M. H. Ich befinde mich dieser Frage gegenüber in einer von den Entwicklungen meines politischen Freundes abweichenden Stellung. Ich bin der Diätenfrage gegenüber sachlich noch keinesweges zum Abschlusse gekommen. Ich stimme heute dagegen, weil ich das Haus nicht für kompetent halte, da diese Frage eine Finanz- und eine Prinzipien-Frage zugleich ist. Wir haben keine Fonds für solche Diäten; wir sind nicht befugt, diese wichtige Prin-

zipien-Frage einseitig hier abzuthun. Caning sagte: Man kann nicht Alles einführen, weil es gut ist, es muß auch englisch sein. Man kann in Preußen die Diätenfrage nicht einführen, weil sie richtig oder unrichtig ist, sondern wir müssen fragen, ob sie unseren spezifischen Interessen entspricht. Die Fragen, die ganz überflüssig in die Diskussion gezogen worden sind, die Nationalitäts- und die Beamtenfrage, übergehe ich. Die Beamtenfrage wird an einer anderen Stelle zum Ausdruck kommen. In Preußen haben alle Stände gleichmäßig an der Größe des Vaterlandes gearbeitet. M. H.! Hr. Poewe hat eine ungerechte Vertheilung gemacht in der Nationalitätsfrage; er hat die Intelligenz der Aristokratie gegenübergestellt. M. H.! Der Mann, der die deutsche Einheit möglich machte, das war kein "deutscher" Professor, sondern ein mächtiger Edelmann. Man hat keine Diäten bewilligt, als die Vertreter zur Vertretung ihrer eigenen Interessen erschienen sind; hatten aber die Volksvertreter den Charakter eines Mandatars, dann wurden Diäten gezahlt. Die neueste Schrift des radikalen Engländer's Stuart Mill hat sich über diese Frage ausgesprochen in einer Weise, die man parlamentarisch nicht wiedergeben kann; er sagt, diese Diäten würden ein Volks-Schmarogerthum produziren. Lassen Sie uns nur die praktische Frage aufwerfen: haben wir in Preußen diejenigen Elemente, die im Stande sein werden, ohne Diäten diese Arbeiten zu verrichten? Wenigstens muß man sich die Frage vorlegen: welche Kreise würden die Vertretung übernehmen? und da bin ich nicht zweifelhaft, daß ich sie in den Händen derer, die ich am aller ungünstigsten sehe, in den Händen der liberalen Bourgeoisie sehen würde. Noch wichtiger ist aber die Frage: wo bleibt bei direkter Verneinung der Diätenfrage? die Vertretung der arbeitenden Klassen aus ihrer eigenen Mitte? Ich erwäge dabei auch meinerseits den Gesichtspunkt, den der Herr Abgeordnete Löwe schon hervorgehoben hatte. Ich glaube nicht, daß man den Gesichtspunkt außer Acht lassen darf, daß man den arbeitenden Klassen es nicht benehmen darf, sich durch Mitglieder ihres Standes vertreten zu lassen. Ich kann deshalb nicht anders, als meinerseits die prinzipielle Entscheidung an einem andern Orte eventuell vorzubehalten, wo die Sache gründlich erörtert werden kann. Ich kann nur sagen, daß ich wünsche den Abschluß eines Verfassungswerkes, wo auch die arbeitende Klasse vertreten sein kann. Deshalb ist mein heutiges Votum kein sachliches, sondern nur ein Kompetenzvotum.

Abg. Twesfen (sehr viele Mitglieder, namentlich der rechten Seite, verlassen den Saal.): Die Verweigerung der Diäten verursacht einen Censur; einen Censur aber will ich mir lieber im aktiven, als im passiven Wahlrecht gefallen lassen. Uebrigens haben schon viele Reichstagen die Diätenzahlung angenommen. Von der Diätenzahlung hängt der Charakter des zukünftigen Parlamentes ab.

Abg. Schulze (Berlin): Es kommt darauf an, daß das norddeutsche Parlament nicht erst später, sondern schon jetzt in den Stand gesetzt wird, den übrigen deutschen Staaten gleich zu stehen. Wir müssen schon jetzt auf die Gewährung von Diäten dringen, damit sich eben klar zeigt die Stellung der Parteien und die der Regierung. Wenn Hr. v. Flottwell aber meint, diese Seite sei nur mit Bagastigkeit an das Gesetz gegangen, so weiß ich nicht, woraus er das schließt. Das Gesetz ging nicht von seiner Partei aus, sondern von der, zu der ich gehöre, und wenn ich derjenige war, der mit Hilfe seiner Freunde das Amendement einbrachte, so kann doch daraus nicht auf Bagastigkeit geschlossen werden. Wir wollen in alle Klassen eine gewisse Wohlhabenheit bringen, und so weit ist das Bewußtsein doch in Preußen schon gekommen, daß Niemand Jemanden in das Parlament bringt, der nicht auch die Befähigung hat. Es liegt somit in den Ausführungen des Herrn Abg. Wagner von seiner Bourgeoisie ein großer Widerspruch. Verweigern Sie die Diäten, so nehmen Sie mit der einen Hand, was Sie mit der andern geben. Die Debatten des Herrn Grafen v. Bethusy-Huc über die volkswirtschaftliche Freiheit halte ich für ganz wunderbar. Unser Grundsatz ist, Leistung für Leistung. Auch soll durch sie den Leuten ja erst die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeitskraft zu entwickeln. Wenn aber die Herren die Beamten von der Theilnahme ausschließen wollen, so erinnere ich sie, daß sie höchstens eine Klasse derselben entfernen oder hier und da ein einzelne Beamte. Gerade die höheren Beamten, die nicht nach den Diäten fragen, weil das Carriere-Machen auf ganz anderem Felde liegt, werden Sie nicht ausschließen können. Wir haben in unserem Staate die Eigenthümlichkeit, daß die Abgeordneten der Provinzial-Landtage 4 Thlr., die Landtags-Abgeordneten nur 3 Thlr. Diäten erhalten, und den Abgeordneten zum deutschen Parlament, welche die wichtigste politische Aufgabe haben, wollen Sie gar keine Diäten geben? Dies führt zu Notabeln-Versammlungen, aber nicht zu deutschen Parlamenten. Sagen Sie offen, wir wollen die Wählbarkeit mit Censur. Das Land fühlt sehr wohl, was es mit der Verweigerung der Diäten auf sich hat. Nennen Sie aber das Kind beim rechten Namen; sagen

Sie nicht, wir wollen allgemeines Wahlrecht, dies glaubt Ihnen doch Niemand. Dem Herrn Abg. v. Flottwell gegenüber werden Sie mir das Selbstgefühl verzeihen, wenn ich behaupte, daß meine Prinzipien, die ich auf sozialem Felde vertheile, im Lande auch außerhalb der Grenzen unseres engeren Vaterlandes bekannt sind. Ich habe darüber geredet und geschrieben. Wer es also wissen will, der hat Stoff genug, es nachzulesen. Ich würde mich sehr bedenten, einem der geehrten Herren, der seine Ansicht schriftlich ausgesprochen hat, das Gegentheil davon in die Schuhe zu schieben, sondern ich würde mich verpflichtet fühlen, ehe ich als Mitglied des Hauses darüber spreche, es zu lesen, damit ich nicht Zeug spreche, was doch Niemand glaubt, der etwas davon weiß. (Heiterkeit.) Meine Vorträge über Selbsthilfe sind im Jahre 1863 herausgekommen und befindet sich ein Exemplar in der Bibliothek des Hauses. Seit 97 kann der Hr. Redner gerade das Gegentheil von dem lesen, was er mir dichtet. Dort ist das allgemeine gleiche Wahlrecht ausdrücklich als die Forderung ausgesprochen, die ich von jeher vertreten habe. Wenn mir aber ein Beamter dies als Vorwurf machen will und von einem Abwägen der Arbeit spricht, dann hat er, wenn alle Beamten auf solchem Standpunkte ständen, allerdings recht, das Land vor einer Vertretung der Beamten und ihrer Zulassung zu diesem Hause zu warnen. (Heiterkeit und lebhaftes Bravo.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Paur (als Antragsteller): Ich gebe zu, daß der Gesetzentwurf etwas spät zur Ausführung kommt; hoffentlich aber nicht zu spät. Es handelt sich nach der jetzigen Lage der Dinge nicht mehr darum, ob den sämtlichen Staaten die Verpflichtung auferlegt werden soll, Diäten zu zahlen, sondern bloß darum, wie wir für unsere Heimath, für unser Haus sorgen wollen, nachdem die anderen Staaten es bereits gethan haben: Hamburg, Bremen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg. Als im letzteren Staate die Sache zur Erledigung kam, hat die dortige Regierung an die unsrige eine Anfrage gerichtet und da ist es notorisch, daß sie die Antwort erhalten hat, die Sache geben zu lassen (Hört!). Im Königreich Sachsen ist der Antrag einstimmig angenommen worden, ohne Widerspruch von der anderen Kammer oder der Regierung. Wenn aber der Vertreter unserer Regierung uns jetzt noch einwendet, die Regierung bekrachte die Bewilligung der Diäten in diesem Hause als ein Hinderniß des Zustandekommens des Reichstages, so gestehe ich, daß dies auf mich den Eindruck macht, als sei er falsch informiert und es erweckt in mir die Hoffnung, die Regierung werde in der Sache noch anders entscheiden, nachdem das Haus, wie ich erwarte, sein Votum abgegeben hat. Ich hoffe, wir sind einig und können mit freudigem Bewußtsein auf die Bewilligung eingehen. Den Diätenfrage betreffend, bemerke ich, daß in der Nationalversammlung zu Frankfurt wir zwar den niedrigsten Satz belamen gegenüber den anderen Staaten; aber ich halte 3 Thaler für ausreichend. Wer nicht damit auskommt, der gehört eben zu denen, die der Diäten überhaupt nicht bedürfen. Die Sache muß aber, wenn sie nicht die bevorstehenden Wahlen beeinflussen soll, so gleich geschlossen werden. (Redner führt ein Beispiel an, daß Jemand, weil er unbemittelt, das Mandat nicht eher annehmen zu können erklärt habe, ehe diese Diäten-Bewilligung nicht entschieden sei.) Wird das Gesetz angenommen, so braucht unser Volk bei seiner Wahl nur auf die Lichtigkeit und den Charakter des Mannes Rücksicht zu nehmen. Warum soll in dieser Beziehung in Preußen eine Ausnahme bestehen? Erwartet die Regierung etwa, daß eine allzu freisinnige und ihr feindselige Opposition in das norddeutsche Parlament gebracht werde? Solche Befürchtungen dürfen nicht aufkommen. Es giebt keinen stichhaltigen Grund, die Diäten in Preußen zu verweigern, denn die Regierung muß das freie Organ des Volkswillens als ihre Hauptstütze ansehen. Ich bitte, die Vorlage anzunehmen.

Regierungs-Kommissar Wirkl. Geheimer Legations-Rath v. Reudell: Von einer Anfrage der alt-norddeutschen Regierung ist mir Nichts bekannt. Ich vermute daher, daß die Sache auf einem Mißverständnis beruht. Referent Freiherr v. Hoyerbed verzichtet auf Wort.

Abg. Graf Bethusy-Huc (persönlich): Ich zweifle nicht, daß der Antrag die Zustimmung des Hauses finden wird, gleichwohl behaupte ich doch, daß die Freiheit der Wahl und die Diätenzahlung nicht identisch sind. Das Abgeordnetenhause beruht auf anderen Voraussetzungen, wie eine ein-kammerige Vertretung Deutschlands. Dadurch fällt der Vorwurf des Abgeordneten Dr. Löwe fort, daß die Ausschließung der Beamten erstrebt werde. Ich habe diesen nur ihr Privilegium, das ihnen durch die Diäten gewährt wird, nehmen wollen. Ich glaube, er geht in ihrer Vertretung zu weit. Die Begriffe des Sozialen und Staatlichen habe ich keineswegs verwechselt und identifizirt, sondern nur behauptet, daß sie sich berühren. Wenn er aber einer Genossenschaft mit dem Namen Schulze größere Bedeutung beilegt, so hat er mir

das ganz aus der Seele gesprochen. Ich bitte das Gesetz abzulehnen. (Schluß folgt.)

**In- und Ausland.**

**Hamburg, 17. Jan. (Tel. Dep.)** Nach einem Telegramm der „Börse“ aus Rio de Janeiro vom 23. Dezember v. J. betragen die Gesamtexporte von Kaffee 65,246 Sack. Davon gingen nach der Elbe und dem Kanal 22,358, nach der Ostsee 8500, nach Nordamerika 13,000 Sack. Der Vorrath hat sich um 30,000 Sack vermehrt; Preise unverändert. Fracht ist zurückgegangen um reichlich 5 Schilling. Von Santos wurden abgeladen 9380 Sack.

**Oesterreich, Pest, 17. Jan. (Tel. Dep.)** Die Magnatentafel nahm in heutiger Sitzung einstimmig die Adresse des Unterhauses gegen die Verordnung, betreffend die Heeresergänzung, an. Graf Cziraky sprach für die Revision der Gesetze von 1848.

**Frankreich, Paris, 15. Januar.** In der Sonnabend-Sitzung der vereinigten Section für Gesetzgebung, Krieg und Marine im Staatsrath wurde das Ensemble der Armee-reform votirt. Die staatliche Caisse d'Exoneration ist beibehalten, dagegen der Privat-Industrie gestattet, ihr im Ersatzgeschäfte beliebig Konkurrenz zu machen. Was die Reserve betrifft, so soll sie nur durch ein Gesetz einberufen werden können, ausgenommen die ersten 50,000 Mann, d. i. diejenigen der Conscriptpflichtigen, welche die niedrigsten Loosnummern gezogen haben und die für event. Bedürfnisse des Dienstes zur Verfügung des Kriegs-Ministeriums bleiben sollen.

Gestern Morgen verließen die letzten mexikanischen Transportdampfer den Hafen von Cherbourg. Die zehn ersten Transportdampfer zur Heimführung des französischen Corps aus Mexiko sind bei Martinique bereits eingetroffen; am 15. Februar soll die ganze Flotte vor Vera-Cruz zusammen sein. Die Ankunft von politischen Flüchtlingen aus Spanien dauert noch immer fort. In Bayonne sind städtisch angekommen: Armijo, Minister des Innern unter D'Donnell, und Don Manuel Bernudez de Castro, Minister des Aeußern zur selben Zeit, so wie die Deputirten Lafalle und Graf Padilla. In Paris sind städtisch angelangt die Deputirten Graf Casabianca, Casall und Bernard.

**Italien, Florenz, 16. Jan. (Tel. Dep.)** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer legte Herr Scialoja seinen Finanzbericht vor. In demselben werden die Motive und die Resultate der Nationalanleihe von 400 Millionen, sowie der Verordnung, durch welche den Bankbilletten Zwangs-cours verliehen wurde, dargelegt, sodann wird eine Rechnung aufgestellt über die dem Lande durch den Krieg mit Oesterreich erwachsenen Kosten, die auf 357 Millionen geschätzt werden. Der am Schlusse des Jahres 1865 in den Staatskassen verbliebene Baarbestand von 364 Millionen habe ausgereicht zur Deckung der verschiedenen, im Laufe des Jahres 1866 erwachsenen Verbindlichkeiten, worin die noch an Oesterreich nach dem Friedensvertrage zu zahlenden Summen einbezogen seien. Dieser Baarbestand genüge auch zur Deckung des Defizits für 1867 einschließlichs der von Oesterreich übernommenen Staatsschuld, sowie des von Italien zu übernehmenden Theiles der päpstlichen Schuld.

Der Ausgaben-Etat des Kriegsministeriums für das Jahr 1867 sei um 140 Millionen ermäßigt worden, wonach das gesammte Defizit für das laufende Jahr 158 Millionen betragen werde. Am Schlusse seines Berichtes erneuert der Minister die formelle Erklärung, daß die Rente der Staats-schuld nicht herabgesetzt werden würde. Morgen wird Hr. Scialoja der Kammer die Mittel und Wege auseinandersetzen, durch deren Anwendung er zu einem Gleichgewicht des Normal-Budgets zu kommen glaubt.

**Florenz, 17. Jan. (Tel. Dep.)** Einer Mittheilung der „Opione“ zufolge, sind die Unterhandlungen bezüglich der Bischöfe beendet. Der Papi und Kardinal Antonelli werden den Staatsrath Tonello nächsten in einer Abschiedsaudiens empfangen.

**Dänemark, Kopenhagen, 17. Januar. (Tel.-Dep.)** Auf Seeland, Fünen, in Jütland und Schleswig ist der Eisenbahnbetrieb gehemmt; in Jütland wüthet ein Schneesturm von Nordnordost. In Langaa erreicht der lagernde Schnee die Telegraphendrähte, um Viborg beträgt seine Höhe 14 Fuß.

**England, London, 17. Jan. (Tel.-Dep.)** Aus New-York vom 16. d. Abends wird gemeldet: Die Radikalen setzen ihre Anstrengung, den Präsidenten in Anklagestand zu versetzen, fort.

**London, 17. Januar.** Der Westindien-Dampfer „La Plata“ hat die Needles heute Morgens 8 Uhr passiert.

**Rußland, Petersburg, 17. Jan. (Tel. Dep.)** Der Fürst von Ringelien, Dadian, hat an den Kaiser von Rußland freiwillig für sich und seine Nachfolger seine Souveränitätsrechte gegen eine Million Rubel abgetreten.

**Petersburg, 16. Jan. (Tel. Dep.)** Der russische „Invalide“ sagt in seiner militärischen Revue, die Friedensstärke der Armee belaufe sich auf 700,000 Mann, sei daher gegen früher um 100,000 Mann vermindert. Die Kompletirung auf Kriegs-stärke könne nöthigenfalls innerhalb sechs

Wochen erfolgen. Die Artillerie werde nach zwei Jahren vollständig mit neuen Geschützen versehen sein. Im laufenden Jahre würden 300 gezogene Geschütze und 300,000 Hinterladungsgewehre fertig werden.

**Sokales und Provinzielles.**

**Danzig, 18. Januar**  
— (Unsere Mittheilung) über den Eisenbahn-Unfall in Friedeberg N. M. müssen wir dahin modificiren, daß der Courierzug von Berlin am 15. d. M. nicht in Friedeberg entleert, sondern daselbst nur in Folge einer stattgefundenen Entgleisung einer Maschine mehrere Stunden aufgehalten ist. Die Entgleisung der Maschine hat weder eine Beschädigung von Personen noch von Wagen zur Folge gehabt.

(Mißhandlungen.) Am 12. d. M. Abends befand sich der Arbeiter S. aus Neuschottland im Schankloale des Kaufmanns Herrn Fischer in Neufahrwasser, als sein Neffe der Arbeiter K. zu ihm herantrat und ihn aufforderte zu tractiren. Als S. dieses verweigerte, wurde er von letzterem bedroht, jedoch von den anderen anwesenden Gästen vor Mißhandlungen geschützt. Der K. entfernte sich bald darauf und als später der Arbeiter S. ebenfalls seinen Weg nach Hause einschlug, wurde er auf der Strecke nach Lesagan von dem Arbeiter R. erwartet, der dann ohne Weiteres über ihn herfiel und dem S. mehrere Contusionen im Gesicht beibrachte und ihm auch die Augen blutrünstig schlug. Der hinzugekommene Siegfater des K. schützte den S. vor weiteren Mißhandlungen.

(Gewerbe-Verein.) — Nachdem Herr Rieker die gestrige Sitzung eröffnet, hielt Herr Dr. Liebin eine Vorlesung über die Cholera mit Bezug darauf, daß dieselbe ein Schooßkind Danzigs ist und bleiben wird solange die Wasserleitungs- und Kanalisationsfrage unerledigt ist. Herr Helm fragt, an den Vortrag anknüpfend, ob Herr Dr. Liebin etwas Näheres über die von Aerzten und Chemikern neuerdings im Wasser entdeckten Schleimaluvien bekannt sei? Herr Dr. Liebin erklärt dieselben als die in seinem Vortrage gedachten animalischen und vegetabilischen Verunreinigungen. Herr Rieker spricht Namens der Versammlung den Dank für den Vortrag aus, durch welchen wiederum eine für die Stadt so unendlich wichtige Angelegenheit auf die Tagesordnung gebracht ist. Mit dem Kanalsystem glaube er sich jedoch nicht einverstanden erklären zu können, da (abgesehen vom Kostenpunkt) nicht das damit erreicht werden würde, was man bezüglich desselben hier wünsche. Wegen der Mittelbewilligung wäre in der Stadtverordnetenversammlung noch nie die Rede gewesen. Herr Dr. Liebin bemerkt, daß die öffentliche Meinung sich nicht gegen das Projekt ausgesprochen habe, sondern nur einflußreiche Persönlichkeiten in Kreisen, die sich der öffentlichen Discussion entziehen. Deshalb sei dem bisherigen Vorkämpfer die Sache verleidet worden, weil man nicht die Wohlfahrt der Stadt, sondern Sonderinteresse als Motiv für die Einführung darin erblickte. Redner aber würde sich jetzt auf den verlassenen Posten als Vorkämpfer der guten Sache stellen. Herr Helm ist der Ansicht, daß der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung der Frage selbst nicht entgegenstehen, nur der Kostenpunkt habe seine Gegner. Würde aber ein gut ausgearbeitetes Projekt ausgelegt werden dann könne man eines günstigen Resultates sicher sein. Herr Dr. Liebin: Wenn die Frage so läge, daß die Stadt dabei Bankrott machen müßte, dann würde Redner auch davon absehen und lieber das Leben als die Selbständigkeit opfern. So liege die Sache aber nicht; für die Leistungen erwachsen Gegenleistungen, die man jetzt nur zu gering voraussetze. Herr Helm macht darauf aufmerksam, daß kleine Familien, wenn die Wasserleitungen in den Häusern sind, das Gefunde entbehren und wiederum größere Familien die Dienstboten statt des Zeit verschwendenden Wassertragens mit andern Arbeiten beschäftigen können. Herr Bloch brantragt im Hinblick auf die großen Vortheile der Kanalisation eine Petition auf Durchführung derselben beim Magistrat einzubringen. Herr Dr. Korn hält dafür, daß es wünschenswerth sei, zuvor noch die öffentliche Meinung in der Frage zu hören. Herr Preußmann ist der gleichen Ansicht, da man namentlich noch nicht einig darüber sei, welches Projekt das Wiebesche oder Mooresche oder das Siel- oder Abfuhrsystem zweckmäßiger sei. Der Düngerverlust sei zu bedenken und deshalb die Erfahrung anderer großer Städte zu Ruge zu machen, Herr Dr. Liebin glaubt behaupten zu dürfen daß ein geordnetes Sielssystem die zweckmäßigste Einrichtung ist, jedoch dürfe man London nicht als Vorbild nehmen, eher Hamburg obgleich in letzterem neuerdings auch noch Verbesserungen getroffen würden. Die Städte hätten nicht die Aufgabe, die Dungsgruben für den Landmann zu sein, sondern Industriezwecke zu verfolgen; aber man könne auch diesen Nutzen mit einem guten Sielssystem verbinden. Die Sitzung wird wegen vorge-rückter Zeit geschlossen und die unerledigten Fragen, so wie die neu hinzugekommenen: ob eine eigene städtische Feuerversicherung nicht zweckmäßig sein würde? Und ob die Frankfurter Lotterie zu empfehlen sei? Auf die nächste Tagesordnung gebracht. Im Gewerbeverein hat die Vorlesung des Herrn Dr.

Piein nicht so schnell zu einem Beschlusse gefahrt als im Handwerker-Verein, was wohl darin seinen Grund hat, daß im Handwerker-Verein mehr Miether und im Gewerbeverein mehr Hausbesitzer theilhaftig gewesen sind. Letzterer fuhr bei der Bezeichnung der für die Einrichtung der Kanalisation disponiblen zu stellenden Summe sichtlich ein Schreck durch die Glieder und vielfaches Murren: ja der Herr Doktor hat gut reden, der weiß nicht wo der Schuh drückt! wurde hörbar. Da war es denn Herr Bloch, welcher als Hausbesitzer mit gutem Beispiel voranging und für das Allgemeinwohl durch seinen Antrag eintrat: Hoffentlich wird dies Beispiel Nachahmung finden!

(Gerichtsverhandlungen vom 17. Januar c.) 1. Frau Wilhelmine Möws ist angeklagt in der Nacht zum 4. Novbr. pr. dem Schutzmann Ilge bei Gelegenheit einer Arretirung thätlichen Widerstand geleistet zu haben. Durch die Aussagen zweier Frauen welche die Scene aus dem gegenüberliegenden Hause zugehoben, wird die Anklage entkräftet und die Möws deshalb freigesprochen. 2. Die Frau Jeanette Schmidt geb. Carol welcher die früher innegehabte Approbation als Hebamme entzogen worden, ist angeklagt desjenige geachtet die Wittve Holm am 22. Oktober pr. entbunden zu haben. Durch das Zeugniß der Frau Holm ist jedoch ein Noth-fall konstatiert und wird die wegen Hebammen-pfuscherei Angeklagte freigesprochen. 3. Die Wittve Karoline Wulff aus Neufahrwasser ist angeklagt einen am Bröfener Strande zum Trocknen ausgelegten Fischetrock sich widerrechtlich angeeignet zu haben. Durch das Zeugniß des Arbeiter Bronszinski wird indessen nachgewiesen, daß die Frau Wulff die Absicht gehabt hat, den gefundenen Rock an die Polizeibehörde abzuliefern und wird deshalb von der Anklage freigesprochen. 4. Der Deputatnscht Johann D e r i s t angeklagt dem Gutsbesitzer Drigalski zu Matern einige Klöben Holz entwendet zu haben. Der Angeklagte räumt dies zwar ein, glaubt jedoch ein Recht hierzu gehabt zu haben, da ihm in seinem Dienstverhältnis Deputatholz zustand. Der Inspektor Fuhr bestätigt letzteres bezüglich der Winterperiode. Der Gerichtshof erkennt aber in dem Verfahren des Angeklagten eine unerlaubte Selbsthilfe und verurtheilt denselben zu 1 Woche Gefängniß. 5. Am 9. November pr. bezogen sich die beiden Mädchen Renate Brandt und Louise Müller zur Zimmergefellenfrau W o d e g k i welche im Rufe einer guten Kartenlegerin steht, um sich die Zukunft enthüllen zu lassen. Frau Wodegki prophezeite denn auch den Mädchen „daß ihnen ein gutes Stück zustehe“ worüber dieselben um so mehr erfreut waren und dies zutreffend fanden, als sie sich 3 Thaler erspart hatten, um dafür Mäntel zu kaufen. Sie erzählte deshalb ihr Vorhaben der Wodegki und diese zeigte sich sofort bereit, „die guten Stücke“ welche die Karten prophezeit, zu beschaffen, falls die Mädchen ihr die 6 Thaler einhändigtrn. Zutrauensvoll legten diese das Geld in die Hände der Kartenlegerin, aber es vergingen viele Wochen und die ersuchten Mäntel gelangten nicht in ihren Besitz. Inzwischen erzählten die Eltern der Mädchen diese Angelegenheit und erhoben polizeiliche Anklage gegen die Wodegki. Der Chemann der Verklagten hat zwar inzwischen eine Ausgleichung durch den Verkauf eines Spindes vermittelt, in dessen ist seine Ehefrau dadurch nicht von der Anklage wegen Unterschlagung befreit worden, da sie selbst zugestanden, daß sie das Geld in ihrem Nutzen verwendet hat und wird dieselbe zu 1 Monat Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt. — 6) Die Arbeiter Adam Grabinzki und Valentin Gromowski sind angeklagt, in der Nacht vom 23. zum 24. November pr. aus der Scheune des Gutsbesitzer Kumm zu Hochstrief 2 1/2 Scheffel Weizen gestohlen zu haben. Dieselben wollten das Getreide beim Kaufmann Zimmermann in Langfahr verkaufen und wurden hierbei als Diebe ermittelt. Beide sind geständig und bestreiten nur den Verstoß der Scheune. Letzterer kann nicht konstatiert werden und somit werden die Angeklagten wegen einfachen Diebstahls zu je 1 Monat Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt. 7) Am 30. September pr., Abends 10 Uhr, gebot der Ortschulze Herr Epp den im Krüge zu Pichendorf zehenden und lärmenden Gästen, das Lokal zu verlassen, und gab seinem Befehle dadurch Nachdruck, daß er die Knechte Joseph Steink und August Zaroski, welche noch nicht Lust dazu zeigten, an die Luft setzte. Hierbei leisteten die Genannten in trunkenem Zustande absichtslos einen geringen Widerstand, weshalb der hohe Gerichtshof in Anbetracht ihres damaligen Zustandes auf Freisprechung erkennt. 8) Die unberech. Suf. Flor. W o d e g k i wurde am Abend des 4. d. M. von dem Schutzmann v. Nepe in der Mausegasse mit einer Kiepe voll eigener Holzabschnitte angetroffen, die auf Nachfrage den Arbeit-leuten des Kaufmann Weinberg'schen Holz-feldes gestohlen waren. Sie leugnet zwar, wird aber überführt und im wiederholten Rückfalle zu 6 M. Gef. und 1 J. Ehrverl. verurth. 9. Der englische Matrose Johann Harrison, welcher seinem Capitain ein Portemonnaie mit 50 Thalern entwendet und einen Theil des Geldes in seinem Nutzen verwendet hat, wird mit 2 Monaten Gefängniß und 1 Jahr

Ehrverlust bestraft. Der Angeklagte befand sich zur Zeit des Diebstahls nicht mehr im Dienstverhältnis zu seinem Capitain, sondern auf Anordnung des Consuls wegen Streitigkeiten mit dem Steuermann, als Passagier an Bord. 10. Das Dienstmädchen Louise Teßlaff ist geständig, in zwei verschiedenen Diensten Veruntreuungen begangen zu haben und wird mit 4 Wochen Gefängniß bestraft. 11. Die Dienstmädchen Emilie Roggas und Auguste Groß sind angeklagt von dem Maschinenbauer Tibbeschen Eheleuten 6 Thaler Fuhrlohn erschwindelt zu haben, um eine Geldsumme, welche sie in Damrau gestohlen und gemeinschaftlich vergraben haben wollten, abzuholen. Da die Groß im Gefängniß an Wahnsinn simulirt und die Roggas alle Schuld auf diese schiebt, mußte die Sache vertagt werden.

**Königsberg.** Durch bestätigtes kriegsrechtliches Erkenntniß sind die Kanoniere Mat-teiatz und Syperet von der 3. Munitionskolonne des Ostpreussischen Feldartillerieregiments Nr. 1 wegen Erpressung im Kriege und mehrerer anderer Vergehen Jeder unter Ausstoßung aus dem Soldatenstande zu vier Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer verurtheilt worden.

**Handel und Verkehr.**

**Stettin, 17. Januar. (St.-Anz.)** Weizen 82—89, Januar 86 1/2 G., Frühjahr 88 1/2 bis 89—88 1/2 bez. Roggen 55—56, Januar 55 bez., Frühjahr 55 1/2—56 bez. u. Br., R ü b ö l 12, Januar 11 1/2, April-Mai 12 1/2, Br. Spiritus 16 1/2 bez., Januar 16 1/2 G., Frühjahr 17—17 1/2 bez.

**Berlin, 17. Januar. (St.-Anz.)** Weizen loco 78—89  $\mathcal{R}$ . nach Qualität, gelb. ufermärk. 86  $\mathcal{R}$ . weißbunt galiz. 83  $\mathcal{R}$  bez., Lieferung pr. Januar 82  $\mathcal{R}$ . uominell, April-Mai 82 1/2—83  $\mathcal{R}$  bez., Mai-Juni 84  $\mathcal{R}$ . Br., Juni-Juli 85  $\mathcal{R}$  Br. Roggen loco 79—84  $\mathcal{R}$ . 56 1/2—58 1/2  $\mathcal{R}$  ab Bahn bez., pr. Januar 57 1/2—56 1/2—57 1/2  $\mathcal{R}$  bez., Januar-Februar 56 1/2  $\mathcal{R}$  bez. Frühjahr 56 1/2—56—1/2  $\mathcal{R}$  bez. u. Br., 3/4 G., Mai-Juni 56 1/2—1/2—3/4  $\mathcal{R}$  bez. u. Br. 1/2 G., Juni-Juli 57  $\mathcal{R}$  Br., Juli-August 56  $\mathcal{R}$  bez.

Gerste, große und kleine, 46—54  $\mathcal{R}$  700 1750  $\mathcal{R}$ . —

Hafser loco 26—29  $\mathcal{R}$ . schieß. 28 1/2  $\mathcal{R}$ . sächsischer 28 1/2—3/4  $\mathcal{R}$ . ab Bahn bez., pr. Januar 28  $\mathcal{R}$ . Br., Januar-Februar —, Frühjahr 28 3/4  $\mathcal{R}$ . nom., Mai-Juni 29 1/4  $\mathcal{R}$ . Br., Juni-Juli 29 1/2  $\mathcal{R}$  Br.

Erbsen, Kochwaare 60—68  $\mathcal{R}$ . Futterwaare 52—60  $\mathcal{R}$  bez.

Leinöl loco 13 1/2  $\mathcal{R}$

Spiritus loco ohne Faß 17 1/2—1/4  $\mathcal{R}$  bez. pr. Januar, Januar-Februar u. Februar-März 17  $\mathcal{R}$  bez. u. Br., 16 1/2 G., April-Mai 17 3/4—1/4  $\mathcal{R}$  bez. u. G., 1/2 Br. Mai-Juni 17 1/2—1/2  $\mathcal{R}$  bez. u. G., 1/2 Br. Juni-Juli 17 3/4  $\mathcal{R}$  nominell.

**Danzig, 18. Januar 1867.**

**Bahnverkäufe.**  
Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126  $\mathcal{R}$ . 97 1/2, 100—99, 103  $\mathcal{R}$ . 127—129  $\mathcal{R}$ . 100, 105—102 1/2, 106  $\mathcal{R}$ . 130—131 1/2  $\mathcal{R}$ . 132—133  $\mathcal{R}$ . fein 105, 108 1/2  $\mathcal{R}$ . — Weizen bunt, dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19/121/22  $\mathcal{R}$ . 87 1/2, 89—90, 90 1/2  $\mathcal{R}$ . 122/23—124/25  $\mathcal{R}$ . 92, 94—93, 94  $\mathcal{R}$ . 126/27  $\mathcal{R}$ . 94, 96  $\mathcal{R}$ . 700  $\mathcal{R}$ . 85  $\mathcal{R}$ . 700 Schffl. einzuwiegen.

Roggen, 120—122  $\mathcal{R}$ . 58 1/2, 58 3/4—59 1/2, 59 3/4  $\mathcal{R}$ . 124—126  $\mathcal{R}$ . 60 1/2, 60 3/4—61 1/2, 61 3/4  $\mathcal{R}$ . 127—128  $\mathcal{R}$ . 62—62 1/2  $\mathcal{R}$ . 700  $\mathcal{R}$ . 81 3/4  $\mathcal{R}$ . preuß. Schffl. einzuwiegen.

Gerste, fl. Futter: 98/100—103/4  $\mathcal{R}$ . 46 46 1/2—47 1/2, 48, 49, 700  $\mathcal{R}$ . 72  $\mathcal{R}$ . 700 Schffl. einzuwiegen. — Gerste, fl. Malz: 102—104  $\mathcal{R}$ . 47 1/2—49, 51, 52, 53  $\mathcal{R}$ . 106—108  $\mathcal{R}$ . 51, 51 1/2—52, 53  $\mathcal{R}$ . 110  $\mathcal{R}$ . 52 1/2, 53 1/2  $\mathcal{R}$ . 700 gemessenen Scheffel. — Gerste, große Malz: 105—106, 51 52 1/2—53  $\mathcal{R}$ . 107—110  $\mathcal{R}$ . 52 1/2, 53 1/2, 54, 55  $\mathcal{R}$ . 112—114  $\mathcal{R}$ . 54 1/2, 55 1/2—56  $\mathcal{R}$ . 700  $\mathcal{R}$ . 72  $\mathcal{R}$ . 700 Schffl. einzuwiegen.

Hafser 27 1/2—30 31  $\mathcal{R}$ . 700  $\mathcal{R}$ . 50  $\mathcal{R}$ . 700 Schffl. einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch: 62 1/2—64, 65  $\mathcal{R}$ . abfallende 57 58—60 61  $\mathcal{R}$ . 700  $\mathcal{R}$ . 90  $\mathcal{R}$ . 700 Schffl. einzuwiegen.

Spiritus: ohne Geschäft.

**Danziger Börse.**

**Börsenverkäufe:**  
Die heute verkauften 180 Last Weizen brachten ziemlich gestrige Preise; einzelne Verkäufe fielen zu Gunsten der Käufer aus. Bedungen wurde: für 124  $\mathcal{R}$ . 123  $\mathcal{R}$ . bezogen  $\mathcal{R}$ . 520, desgleichen  $\mathcal{R}$ . 525, 123/24  $\mathcal{R}$ . desgleichen  $\mathcal{R}$ . 537 1/2, 122  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 540, bunt 123  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 575,  $\mathcal{R}$ . 585, 124/25  $\mathcal{R}$ . 125  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 587 1/2, 127/28  $\mathcal{R}$ . bezogen  $\mathcal{R}$ . 590, 128/29  $\mathcal{R}$ . Sommer- $\mathcal{R}$ . 595, gut- und hellbunt 120  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 590, 127  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 595, 125/26  $\mathcal{R}$ . 128  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 600, 127/28  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 605, 126  $\mathcal{R}$ . 127  $\mathcal{R}$ . 128  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 610, 128/29  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 615, 127  $\mathcal{R}$ . 128  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 620, hochbunt 132  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 640  $\mathcal{R}$ . 5100  $\mathcal{R}$ . 700 Last.  
Roggen fest. 120  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 351,  $\mathcal{R}$ . 352 1/2, 123  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 357 700 4910  $\mathcal{R}$ . 700 Last.  
Gerste fl. 104  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 300, gr. 110  $\mathcal{R}$ .  $\mathcal{R}$ . 318 700 4320  $\mathcal{R}$ . 700 Last.  
Weizen  $\mathcal{R}$ . 360 700 5400  $\mathcal{R}$ . 700 Last.

Am Krönungsfeste 1867.

Der Herr ist groß, und seine Macht
Bis an der Welten Ende;
Daß er bis hieher uns gebracht,

Die Völker pflegen oftmals Rath,
Uns gänzlich zu verderben,
Der arme, kleine Preußenstaat,

Als jüngst die Völker um uns her,
In Wuth und Zorn entbrannten,
Und unsre Herzen, sorgenschwer,

Des Preußenlandes Krönungsfest
Ruft heute uns zusammen;
Lafst Gott, der's uns erleben läßt,

Den König und die Krone,
D segne uns mit Deiner Hand
In Christo, Deinem Sohne!

Im zweiten Berliner Wahlbezirk ist auf
Vorschlag der Herren Dr. Pflug und Twosten
der Ober-Tribunal-Rath Waldeck

Im osthavelländischen Kreise (Potsdam)
wird von konservativer Seite der Ober-Präsident
Dr. v. Jagow als Kandidat aufgestellt.

In einer Versammlung der liberalen
Wähler des Neuruppin-Templiner Wahlbezirks
ist der Rittergutsbesitzer v. Arnim-Gerswalde

In Stettin ist von der Fortschrittspartei
an Stelle des Hrn. Michaelis, welcher im Wahl-
kreise Udermünde-Uvedom-Wollin eine Kandidatur

Im Neustettiner Kreise schwankt, nach der
„Post. Ztg.“, die Wahl zwischen dem bisherigen
Abgeordneten Geh. Rath Wagener und dem

v. Tscheppe-Broniewice (konservativ), 15. Wahl-
frei-Grafen-Wongrowitz Rittergutsbesitzer Zisland-
Klebono (altliberal). Die Aufstellung dieser

In Krotoschin wurde bei einer Vorberathung
von polnischen Wählern als Kandidat der Ritter-
gutsbesitzer v. Gräbe auf Vorel aufgestellt

Aus dem Chodziesen-Garnitauer Wahl-
kreise wird der „Post. Ztg.“ gemeldet, daß die
Kandidatur des Hrn. Landraths v. Kessler zurück-

Aus dem Dels-Wartenberger Wahlkreise
schreibt man der „Schles. Ztg.“: Nachdem fest-
steht, daß die Kreise Dels und Wartenberg zu-

In Eißt ist Graf Keiserling-Kantenburg
Kandidat der Regierungspartei.
Im Thorn-Elmür Wahlkreis wird, wie

In Merseburg stellen die Konservativen
den General-Fener-Societäts-Director v. Hilfen
in Quersfurt den Rittergutsbesitzer Pieschel auf.

In Quedlinburg kandidirt von Seiten
der Fortschrittspartei der Stadtgerichts-Rath Klotz
von Berlin.

In Köln ist von den Konservativen Hr.
Camphausen und Hr. v. Ammon, von der Fort-
schrittspartei Hr. Birgens (Redakteur der „Rhein-

Im Wahlkreise Wittgenstein-Siegen-Bieden-
kopf hat man Herrn v. Patow in Wehlar Hrn.
Fanger als Kandidaten aufgestellt.

In Düsseldorf ist Kammerherr Ratz von
Frenz als konservativer Kandidat acceptirt.

Herrenstiefel

von gut. Kalbleder 2 rth. 20 gr.,
Doppellehle 3 rth., Stiefel mit Gummizügen 2 rth. 15 gr.

NB. Knabenstiefel und Gummischuhe ebenfalls außerst billig.
Damengamaschen s. v. 1 1/2 a. 1 1/2 u. 1 1/3 rthl zurückgelehrt.

A. Bethmann,
1. Damm 6.

Druck und Verlag der West-Preussischen Zeitung.

Die Kunst- und Buchdruckerei

R. W. WENDT

DANZIG

70. Hundegasse 70.

empfiehlt sich zur sorgfältigsten Ausführung aller vorkommenden Arbeiten,

Zeitschriften und Werke jeder Wissenschaft und in jeder Sprache, Jahres-
Berichte und Statuten für Commandit-Gesellschaften, Vereine etc., Circulars,
Formulare und Schema's, Preis-Courante, Geschäfts-, Empfehlungs-, Visiten-
und Speise-Karten, Rechnungen, Gelegenheits-Gedichte (auf Wunsch Dich-
tung), Facturen, Empfangszettel, Geschäfts-Anzeigen, Etiquettes in Schwarz-
und Bantdruck etc. etc.

Placate vom kleinsten bis zum grossartigsten Format schnell, billigst und zweckentsprechend

Auf Lager: Rechnungen, Anweisungen, Bank-Diskontoscheine etc.,
Pensions-Quittungen, Anmeldescheine, Mieths- u. Lehr-Contracte etc.

Zu dem Morgen den 19. d. im großen
Saale des Schützenhauses zu meinem
Besten stattfindenden Concert erlaube ich

Rudolf Dentler.

Ich hatte bereits große Summen vergeb-
lich angewendet, um meine durch Dnanie
zerstörte Gesundheit wieder herzustellen,

Casino-Gesellschaft.

Montag den 21. Januar um 8 Uhr

BALL

im Schützenhause.
Der Vorstand.

Galanterie- und Lederwaaren

Portemonnais, Cigarrentaschen, Fenerzeuge, Taschen,
bittsche, Zahnleder und Brillenhalter,beutel
und seidene Börsen, Brieftaschen und Notizbücher,

Einige Satz Hobel, Hobelbank, Kehl-
hobel, Sproßenzug, Schraubbocke,
mehrere Leimzwingen, Rungs, Lauc und
Blok, sowie 2 große Stangenbohre, 1 gr.
Klapptisch und 1 gr. eichene Waschballe

Sonntag, den 20. Januar, predigen in
nachbenannten Kirchen:

St. Marien, 9 Uhr Herr Prediger Müller.
12 Uhr Herr Predigt-Amts-Cand. Harbt.
2 Uhr Herr Archidiac. Dr. Höpfer, Don-
nerstag, den 24. Januar, 9 Uhr, Wochenpre-
digt Herr Consistorialrath und Superinten-
dent Meinicke.

Bekanntmachung.

Für den in den Jahren 1867 und 1868 in Aus-
sicht stehenden Bau einer Kreischanse von
Schöneck in der Richtung nach Pr. Stargard
bis zur Kreisgrenze in der Länge von etwa 3/4

Die sächsische Chaußeebau-Kommission.
Ein kleiner Pudel, schwarz m.
weißen Streifen hat sich vor
einigen Tagen eingefunden.

St. Salvator. Vormittag Herr Superint. Blech.
St. Annen. Mittwoch, den 23. Jan., Bibel-
stunde Herr Pred. Blech. Anfang 5 Uhr.
St. Nicolai. Frühmesse 7 u. 8 Uhr. Hochamt
mit Pred. 10 Uhr Herr Prälat Landmesser.

Angemeldete Fremde am 17. Januar 1867.
Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Kaufm. Meyer
a. Königsberg, Weniger a. Schwedt a. O., Eyck
a. Elbing, Gutbes. Schment a. Greibitzfeld.

Berliner Börse vom 16. Januar 1867.
Wechsel-Course vom 15.

Table with exchange rates for various locations: Amsterdam 250 fl. kurz 5 143 1/2 b3, Hamburg 300 Mark kurz 4 151 3/8 b1, London 1 Pf. 3 Monat 4 150 1/4 b3, Paris 300 Fr. 2 Monat 3 83 1/2 b3, Wien 100 fl. 8 Tage 5 76 1/8 b3, Augsburg 100 fl. 2 Monat 5 75 1/8 b3, Frankfurt 100 fl. 2 Monat 3 1/2 56 24 b3, Leipzig 100 Tbr. 8 Tage 6 99 1/4 G, Petersburg 100 R. 3 Woch. 7 89 1/4 b3, Bremen 100 Tbr. 8 Tage 4 1/2 110 1/8 b3, Warschau 90 R. 8 Tage 6 81 b3

Table with bond prices: Anleihe von 1859 5 103 1/8 b3, Preuss. Anleihe 4 1/2 99 1/4 b3, St. A. von 54-55, 57 4 1/2 99 1/4 b3, do. von 59 4 1/2 99 1/4 b3, do. von 56 4 1/2 99 1/4 b3, do. von 64 4 1/2 99 1/4 b3, do. von 50-52 4 89 1/2 b3, do. von 53 4 89 1/2 b3, do. von 62 4 89 1/2 b3, Staats-Schuldscheine 3 1/2 85 b1, Pr. Anl. von 55 a 100 3 1/2 120 1/4 b3, Kr. und Nm. Sch. 3 1/2 81 3/4 b3, Ob. Dbb.-Obllg. 4 1/2 - - -, Kurs-u. Reum-Pfandbriefe 3 1/2 79 b3, do. neue 4 88 b3, Preussische Pfandbriefe 3 1/2 79 1/4 b3, do. 4 85 1/8 b3, Commerzsch. 3 1/2 78 1/8 b3, do. 4 89 1/4 b3, Westpreussische Pfandbriefe 3 1/2 76 1/4 b3, do. 4 85 1/4 b3, do. neue 4 84 1/4 b3, do. do. 4 1/2 93 1/2 G, Preussische Rentenbriefe 4 90 G

Table with gold and paper prices: Gold-Kronen 9.71/2 G, Louisdor 111 G, Napoleonsdor 5. 11 1/4 G, Dollars 1.111/2 b3, Sovereigns 6.221/4 b3, Russische Batn. 817/8 b3, Polnische do. - - -